Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Pressemitteilung
Nr. 325/2026
Kiel, 26.11.2026

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Rechenzentren dürfen für unsere Kommunen kein Blindflug werden

Zur Antwort der Landesregierung auf ihre Kleine Anfrage zur Planung und zum Bau von Rechenzentren in Schleswig-Holstein (Drs. 20/5043) erklärt die wirtschaftspolitische Sprecherin der SSW-Landtagsfraktion, Sybilla Nitsch:

Die Landesregierung wirbt mit möglichen Gewerbesteuereinnahmen, über die sie selbst keine belastbaren Erkenntnisse hat. Nicht einmal einen vollständigen Überblick über die bestehenden und geplanten Rechenzentren kann sie uns liefern. Angesichts der Dimension dieser Ansiedlungsvorhaben halte ich das für unzureichend.

Wir haben als Land ein erhebliches Interesse daran, mit unserem erneuerbaren Strom Wertschöpfung und Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen. Deshalb müssen wir sehr genau darauf achten, wem wir unsere begrenzten Flächen und Netzkapazitäten zur Verfügung stellen und welchen wirtschaftlichen Nutzen wir davon haben.

Auch beim Wasserverbrauch zur Kühlung der Rechenzentren sieht die Landesregierung keinen Anlass für zusätzliche Vorgaben. Wir erwarten, dass das Land auf wassersparende Kühltechnologien drängt und sicherstellt, dass auch bei mehreren Großansiedlungen in einer Region die öffentliche Wasserversorgung nicht unter Druck gerät. Gleiches gilt für die Stromversorgung und die Anschlussmöglichkeiten unserer heimischen Wirtschaft.

Wir fordern einen landesweit einheitlichen Leitfaden für die Kommunen zur Bewertung solcher Ansiedlungsvorhaben. Dazu gehören auch Musterverträge, die die kommunalen Interessen langfristig absichern.

Die Landesregierung muss endlich eine Bestandsaufnahme vorlegen und klare Kriterien für die Ansiedlung von Rechenzentren entwickeln. Dazu gehören neben dem wirtschaftlichen Nutzen für die Standortkommunen auch verbindliche Anforderungen an den Ressourcenverbrauch und die Abwärmenutzung.

Schleswig-Holsteins Energieüberschuss ist ein wertvolles Gut. Deshalb braucht es klare Prioritäten des Landes bei seiner wirtschaftlichen Nutzung. Und für uns vom SSW ist klar: Die Interessen unserer mittelständischen Unternehmen müssen Vorrang haben. Denn das Letzte, was wir brauchen, sind weitere Großinvestoren, die uns das Blaue vom Himmel versprechen, Landesmittel abgreifen und uns dann teure Industriebrachen hinterlassen.

Hier geht es zur Kleinen Anfrage zur Planung und zum Bau von Rechenzentren in Schleswig-Holstein und der Antwort der Landesregierung (Drs. 20/5043)